Deutscher Bundestag **Drucksache 19/596**

19. Wahlperiode 22.01.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Zaklin Nastic, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Dr. Alexander S. Neu, Tobias Pflüger, Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Helin Evrim Sommer, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Zur humanitären Katastrophe im Jemen

Vor fast drei Jahren, im März 2015, begann eine von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz ihren bis heute andauernden und immer weiter intensivierten Krieg gegen den Jemen. Mit verheerenden Folgen:

Laut der Hilfsorganisation Oxfam sind sieben Millionen Menschen in dem Land akut von einer Hungersnot bedroht. Preise für Lebensmittel explodieren demnach genau wie die Preise für Medikamente und Treibstoff. Sowohl die Wasserversorgung als auch die Krankenhäuser des Landes stehen vor dem Kollaps. (https://www.oxfam.de/system/files/1000days_media_brief.pdf) 16 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, acht Millionen davon sind Kinder (www.oxfam.de/system/files/1000days_media_brief.pdf). Alle zehn Minuten stirbt im Jemen ein Kind, die allermeisten von ihnen verhungern oder verlieren ihr Leben in Folge von vermeidbaren Krankheiten (www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/jemen-krieg-hunger-und-wenig-hoffnung-100.html).

22,2 Millionen Menschen und damit drei Viertel der gesamten jemenitischen Bevölkerung sind laut Oxfam auf humanitäre Hilfe angewiesen, 11,3 Millionen sind in akuter Not. Die Ernährungslage von 17,8 Millionen Jemeniten gilt als unsicher. Fast 3 Millionen Jemeniten befinden sich auf der Flucht im eigenen Land (www.oxfam.de/system/files/1000days_media_brief.pdf). Ein Verlassen des Landes ist so gut wie nicht möglich. Über zehntausend Menschen wurden bereits getötet (www.deutschlandfunk.de/der-jemen-am-abgrund-die-vergessene-katastrophe.799.de.html?dram:article_id=380489). Über 900 000 Jemeniten sind an Cholera erkrankt, es handelt sich dabei um den weltweit größten bisher erfassten Ausbruch und über 2 200 Menschen sind bereits an den Folgen gestorben. Auch Diphterie breitet sich überall im Jemen aus (www.oxfam.de/system/files/1000days_media_brief.pdf).

Vor Beginn der Militärintervention importierte der Jemen 90 Prozent der benötigten Nahrungsmittel. Der Krieg ließ die Preise ins Endlose steigen: der Preis für Mehl stieg um 55, der für Treibstoff sogar um 560 Prozent. (www.oxfam.de/system/files/1000days_media_brief.pdf) Die Zerstörung von Häfen und die fast vollständige, durch die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition über den Jemen verhängte Blockade tut ihr Übriges. Nur ein Drittel der benötigten Nahrungsmittel und Medikamente erreicht die Menschen in den umkämpften Gebieten des Landes.

Laut den Vereinten Nationen droht im Jemen die größte Hungersnot, die die Welt seit Jahrzehnten erlebt habe. (www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/jemen-unwarnt-vor-massiver-hungersnot) Im November 2017 forderten mehr als 20 internationale Hilfsorganisationen die Aufhebung der Blockade der Luft-, Land- und Seeverbindungen in den Jemen. Diese sei maßgeblich ursächlich für den Hungertod, der Millionen weiteren Jemeniten drohe. Flughäfen und Häfen müssten wieder geöffnet werden, damit Lebensmittel, Benzin und Medikamente ins Land transportiert werden könnten (www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/jemen-unwarnt-vor-massiver-hungersnot).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welchem voraussichtlichen Maß werden sich nach Einschätzung der Bundesregierung bei gleichbleibender Intensität des Krieges im Jemen die akute Hungersnot sowie die Anzahl derjenigen Personen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, im Jahr 2018 erhöhen und auf welche Summe schätzt die Bundesregierung den Bedarf an humanitärer Hilfe für das Jahr 2018 (bitte einzeln auflisten, wie hoch der Bedarf an Nahrungsmitteln, Medikamenten, Treibstoff etc. ist)?
2. In welchem voraussichtlichen Maß wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung bei gleichbleibender Intensität des Krieges im Jemen die Anzahl derjenigen Personen, deren Ernährungslage unsicher ist, im Jahr 2018 erhöhen?
3. In welchem Maße hat die humanitäre Katastrophe im Jemen seit Anfang 2015 zu Flucht und Vertreibung geführt,
   a) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die genaue Anzahl von Binnenflüchtlingen im Jemen und unter welchen Bedingungen leben sie?
   b) Wie viele Menschen haben nach Kenntnis der Bundesregierung das Land aus Not oder durch Vertreibung verlassen?
   c) In welchen anderen Staaten halten sich diese Menschen nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils auf?
   d) Wie viele dieser Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung nach Europa und nach Deutschland gelangt und welche Fluchtrouten haben sie dabei hauptsächlich genommen?
4. Wieviel Prozent der für die Jahre 2015, 2016 und 2017 für humanitäre Hilfe im Jemen benötigten internationalen Gelder wurden nach Kenntnis der Bundesregierung gedeckt und wie hoch ist der fehlende Anteil (bitte einzeln für die jeweiligen Jahre aufschlüsseln und eine Tabelle anfügen, in der sowohl nach absoluten Zahlen als auch in Prozent dargestellt wird, welche Länder welchen Anteil eingezahlt haben, und wie hoch der von ihnen jeweils zugesagte Betrag ist, der nicht geleistet wurde)?
5. In welcher Höhe plant die Bundesregierung für das Jahr 2018, Gelder für die humanitäre Hilfe im Jemen bereitzustellen und wie verhält es sich diesbezüglich nach Kenntnis der Bundesregierung mit ihren internationalen Partnern (bitte einzeln auflisten nach den jeweiligen Ländern)?
6. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen mit dem Ziel, international auf ihre Partner einzuwirken, dass die kompletten benötigten Gelder für die humanitäre Hilfe im Jemen für das Jahr 2018 zusammenkommen?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

7. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Jahr 2018 zu ergreifen bzw. gemeinsam mit ihren internationalen Partnern zu ergreifen, um die Lage der Gesundheitsversorgung im Jemen zu verbessern und u. a. die Cholera und Diphterie zu bekämpfen, und wie sollen solche etwaigen Projekte international vernetzt werden?
8. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Cholera-Epidemie im Jemen im Dezember 2017 und im Januar 2018 entwickelt, und welche Prognose stellt die Bundesregierung diesbezüglich für das Jahr 2018?
9. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die im Jemen ausgebrochene Cholera-Epidemie maßgeblich durch die von Saudi-Arabien angeführte Militärintervention in dem Land verursacht wurde, nämlich in dem Sinne, dass die von dem saudi-arabisch geführten Militärbündnis verhängte Blockade die Einfuhr unter anderem von Nahrungsmitteln, von Medikamenten und insbesondere von Treibstoff deutlich erschwert?
10. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Oxfam (www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-12-20-1000-tage-krieg-jemen-84-millionen-menschen-droht-akut-hungersnot), dass die Anzahl an Personen im Jemen, denen keine adäquate Gesundheitsversorgung zu Teil wird (16,4 Millionen), in hohem Maße ein Resultat der militärischen Angriffe ist und damit in der Verantwortung der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition liegt, und wenn ja, welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
11. Welche Staaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit unmittelbar oder mittelbar in welchem Ausmaß an der Militärintervention im Jemen beteiligt (bitte detailliert angeben, welche der beteiligten Staaten in welchem Ausmaß und in welcher Form beteiligt sind)?
12. Definiert die Bundesregierung den Jemen-Krieg inklusive der von Saudi-Arabien geführten Militärintervention tatsächlich ausschließlich als „innerstaatlichen bewaffneten Konflikt“ (stellvertretende Pressesprecherin des Auswärtigen Amtes Maria Adebahr am 21. November 2017 in der Bundespressekonferenz) (bitte die Antwort ausführlich und unter Bezugnahme auf die völkerrechtliche Position der Bundesregierung begründen mit Schwerpunkt auf der Rolle der von Saudi-Arabien angeführten Militärallianz)?
13. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Fragesteller, dass es sich bei dem von einer durch Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition gegen den Jemen geführten Krieg um eine völkerrechtswidrige Militärintervention handelt (bitte ausführlich darlegen und begründen)?

    Sofern die Bundesregierung die von Saudi-Arabien angeführte Militärintervention im Jemen als nicht völkerrechtskonform betrachtet:

    a) Wie wurde dies in der Vergangenheit von welchen deutschen Vertretern mit welchen saudi-arabischen Vertretern und Vertretern anderer an der Militärintervention beteiligter Staaten thematisiert und mit welchem Resultat?

    b) Welche aus dieser Einschätzung resultierenden konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen?
14. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der von Saudi-Arabien geführten Militärintervention im Jemen für zukünftige Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und an andere an der Militärintervention beteiligte Staaten (bitte begründen)?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

15. Der Einsatz welcher aus Deutschland nach Saudi-Arabien und in andere an der Militärintervention im Jemen beteiligte Staaten gelieferter Rüstungsgüter ist der Bundesregierung in Zusammenhang mit der Militärintervention im Jemen bekannt (bitte detailliert aufschlüsseln, sowohl nach den jeweiligen Rüstungsgütern als auch nach denjenigen Ländern, in die die jeweiligen Rüstungsgüter exportiert wurden)?

16. Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Einsatz von aus Deutschland exportierten Rüstungsgütern im Krieg im Jemen?

17. Unterstützt die Bundesregierung die von der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) in ihrem im Dezember 2017 vorgestellten Rüstungsbericht festgeschriebenen Schlussfolgerungen bezüglich des Jemen, und welche Schlussfolgerungen wird sie daraus für ihr eigenes politisches Handeln ziehen?

18. Wie beurteilt die Bundesregierung die konkrete Aussage des Vorsitzenden der GKKE, Dr. Martin Dutzmann: „Waffenexporte aus Deutschland tragen zu der humanitären Katastrophe im Jemen bei. Ursachen von Flucht und Vertreibung werden hier von der Bundesregierung nicht bekämpft sondern mittelbar verschärft.“ – (www.welt.de/newsticker/news1/article171706598/Konflikte-Kirchen-kritisieren-milliardenschwere-Ruestungsexporte-Deutschlands.html), und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus für ihr zukünftiges Handeln?

19. Wie beurteilt die Bundesregierung aus völkerrechtlicher Sicht die durch die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition gegen den Jemen verhängte Blockade, die vor allem die Zivilbevölkerung trifft und der bereits tausende Menschen zum Opfer gefallen sind?

    Sofern die Bundesregierung die gegen den Jemen verhängte Blockade für nicht legitim erachtet:

    a) Inwieweit wurde das Problem von welchen deutschen Regierungsvertretern mit welchen Vertretern der Regierung von Saudi-Arabien und/oder mit welchen Vertretern von Staaten, die ebenfalls an der Militärintervention im Jemen beteiligt sind, bei welcher Gelegenheit thematisiert und mit welchem Resultat?

    b) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen und welche plant sie zu ergreifen, um auf eine Aufhebung oder zumindest eine Lockerung der Blockade hinzuwirken, die vor allem die Zivilbevölkerung trifft (bitte einzeln auflisten)?

    c) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die gegen den Jemen verhängte Blockade maßgeblich mitursächlich für die humanitäre Katastrophe im Jemen ist?

20. Welche Perspektiven sieht die Bundesregierung für ein Ende des Krieges im Jemen und unter Einbeziehung welcher Akteure sollten nach Einschätzung der Bundesregierung in welchem Rahmen und unter wessen Moderation Verhandlungen stattfinden?

Berlin, den 18. Januar 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333